



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Konjunkturelle Delle oder Abkühlung?

Die Zahl der erteilten Baugenehmigungen ist im ersten Halbjahr 2017 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 7,3 % (=13.400) auf 169.500 Einheiten gesunken. Besonders stark war der Rückgang bei den Einfamilienhäusern mit 9,5 % und den Wohnheimen mit 31,8 %. Noch mehr zu denken gibt die Tatsache, dass die Baugenehmigungen in NRW in den ersten sechs Monaten sogar um 16,7 % eingebrochen sind. Gleichwohl konnte der deutsche Hochbau seine Umsätze im genannten Zeitraum um 6,4 % steigern, wobei die Zahl der Beschäftigten nur um 2,9 % zulegen. Für das SHK-Fachhandwerk meldet das Statistische Bundesamt ein Umsatzwachstum von 2,6 % bei einer um 1,5 % gestiegenen Mitarbeiterzahl. Abzuwarten bleibt, ob sich die rückläufigen Baugenehmigungen als Vorläufer einer baukonjunkturellen Abkühlung erweisen werden oder ob sie vorrangig auf statistische Verschiebeeffekte zurückzuführen sind. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie meldet jedenfalls für das erste Halbjahr 2017 ein Rekordwachstum beim Umsatz um 10 % und einen Anstieg des Auftrageingangs um 5,5 %.

Nach der Wahl

Deutschland hat gewählt. Die Anzahl der rein rechnerisch möglichen Koalitionen hatte sich schon im Vorfeld reduziert. Jede neue Bundesregierung steht nun vor einer Fülle ungelöster Probleme und Herausforderungen. Weit oben auf der Agenda rangieren die Integration der Migranten und die Regelung der künftigen Zuwanderung. Aufflackern dürfte schon bald wieder der im Wahlkampf konsequent vernebelte Handlungsbedarf bei der Euro-Rettung. Der überfällige Schuldenschnitt für Griechenland ist nur noch eine Frage der Zeit, wie auch immer man diese Maßnahme camouffieren wird. Völlig offen ist, ob, wie und wann die EZB ohne katastrophale ökonomische Flurschäden aus ihrer aberwitzigen Nullzinspolitik aussteigen kann. Abzuwarten bleibt, ob die neue Bundesregierung den konzertierten Bemühungen der EU und der interessierten Länder um eine endgültige Weichenstellung in die irreversible Währungs- und Schuldenunion widerstehen kann bzw. will. Frankreich und Italien, die sich aus taktischen Gründen mit derartigen Forderungen im Bundestagswahlkampf zurückgehalten haben, werden schon bald – unter dem Deckmantel der „europäischen Vertiefung“, tatsächlich aber aus finanziellen Eigeninteressen – die noch weitergehende, für Deutschland verhängnisvolle Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken verlangen. Beide Regierungen haben bereits hinter den Kulissen wissen lassen, dass sie den Bundesbanker Jens Weidmann auf keinen Fall als Nachfolger von EZB-Chef Draghi akzeptieren wollen.

Die von früheren Bundesregierungen aus gutem Grund verhinderten Euro-Bonds scheinen – mit welchem Etikett auch immer – nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Wenn der französische Staatspräsident einen gemeinsamen Haushalt aller Euro-Staaten fordert, um „gemeinsam Geld an den Märkten aufnehmen und es mit ausreichender Schlagkraft zuteilen“ zu können, dann soll das Bail-out-Verbot der EU-Verträge nun auch offiziell durch die Hintertür abgeschafft werden. Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass die deutsche Politik dem massiven Druck der Schuldenländer aus Gründen angeblicher europäischer Solidarität Schritt für Schritt nachgeben wird, natürlich möglichst unauffällig.

„Schädliche Dinge“

Der ifo-Präsident Clemens Fuest hat seine Erwartungen an die neue Bundesregierung so zusammengefasst: „Wichtig wäre, dass die Politik schädliche Dinge unterlässt, die in den Wahlprogrammen einiger Parteien stehen. Die Einführung einer Nettovermögensteuer würde zu einer Kapitalflucht führen und das Wirtschaftswachstum in Deutschland schädigen. Eine restriktivere Regulierung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit würde die Beschäftigungschancen vor allem niedrig qualifizierter Arbeitnehmer beeinträchtigen. Eine beitragsunabhängige Grundrente oder die Fixierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent des Nettoeinkommens würde den Zusammenhang zwischen Beiträgen und Rentenhöhe schwächen.“

„Unsinnige Schritte“

Christoph M. Schmidt, Sprecher der Wirtschaftsweisen, sieht bei der neuen Bundesregierung erheblichen Reformbedarf mit folgenden Prioritäten: Erstens müsse die bisher planwirtschaftliche Energiewende endlich marktwirtschaftlich organisiert werden, um ausufernde Kosten und riesige Wohlfahrtsverluste zu verhindern. Zweitens müsse die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte gesichert werden, um die Belastungen für künftige Generationen in Grenzen zu halten. Und drittens dürfe sich der Euroraum nicht zur Transferunion entwickeln, sondern die ursprünglich vereinbarte Stabilitätsunion müsse reaktiviert werden. Prof. Schmidt bezeichnete „Vertiefungen“ wie eine europäische Fiskalkapazität, eine gemeinsame Einlagensicherung und eine europäische Arbeitslosenversicherung als „unsinnige Integrationssschritte“.

Gefährliche EZB-Politik

Nach Einschätzung des Ökonomen Gunther Schnabl führt die Nullzinspolitik der EZB zu mehr sozialer Ungleichheit sowie zu Beschädigungen des wirtschaftlichen und politischen Fundaments der EU. Außerdem schaffe das billige Geld am deutschen Aktien- und Immobilienmarkt eine Spekulationsblase, die irgendwann platzen werde. Zur Frage, wer die Kosten der verfehlten EZB-Politik letztlich zu tragen habe, führte Prof. Schnabl aus: „Die Kosten tragen vor allem die jungen Menschen, die vermehrt aus der Mittelschicht absteigen; und zwar in ganz Europa. Natürlich auch die deutschen Sparer, deren Rücklagen für das Alter nicht mehr verzinst werden. Die DZ-Bank schätzt die Zinsausfälle für deutsche Sparer seit 2010 auf stattliche 436 Milliarden Euro. Zudem werden die Menschen getroffen, deren Alterssicherung in Staatsleihen angelegt ist. Es wird oft argumentiert, dass Deutschland durch seine Exportüberschüsse auf Kosten anderer Länder profitiert. Das ist nicht richtig. Denn zuerst werden die Ersparnisse der deutschen Bürger exportiert, die dann im Ausland zum Kauf deutscher Güter genutzt wurden. Das freut die Exportindustrie. Im Verlauf von Krisen werden die Forderungen an das Ausland, die Deutschland so erworben hat, jedoch entwertet. Ich habe errechnet, dass bisher deutsche Auslandsguthaben von bis zu 20.000 Euro pro Bürger vernichtet wurden. Dieses Geld wäre in Form von höheren Löhnen für die junge Generation sicherlich besser angelegt gewesen. Das hätte uns wahrscheinlich den dringend notwendigen Babyboom beschert.“ Es ist mehr als zweifelhaft, dass die neue Bundesregierung die richtigen Konsequenzen aus dieser Bedrohungslage ziehen wird.